

## Positionen und Gedanken zur Digitalen Agenda 2020:

# „Industrie 4.0“ braucht „Verwaltung 4.0“!

## Das Internet der Dienste und der Dinge als neuer Treiber für die Verwaltungsmodernisierung in Bund, Ländern und Kommunen

Nach dem offiziellen Projektstart der „Industrie 4.0“ durch Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der CeBIT 2013 und einem zwischenzeitlich verstrichenen ersten Jahr zeigt sich die Initiative in Wirtschaft und Politik verbreitert. Allein die öffentliche Verwaltung hat sie mit den Ansprüchen, die „Industrie 4.0“ an sie an vielen, vor allem industrie- und wirtschaftsaffinen Dienstleistungen, Infrastrukturen und eigenem (digitalen und medienbruchfreien) Funktionieren stellt, noch nicht verinnerlicht. Das gilt – leider – im föderalen Staatsaufbau noch in allen Stufen...

40 Jahre Bürokratieabbau, jetzt „sogar“ in der EU, fast 10 Jahre Normenkontrollrat, mehr als 3 Jahre IT-Planungsrat, Tausende Seiten wissenschaftlicher Erkenntnisse und Vorschläge zur Verwaltungsmodernisierung in Bund, Ländern und Kommunen, vereinzelte praktische, mutige und durchaus bemerkenswerte Insellösungen gerade in den Kommunen vor Ort – und dennoch:

Wenn im Sommer 2013 eine große Tageszeitung über eine Befragung von 935 Mittelständischen Unternehmen berichtet, die erklären sollten, ob die Bürokratiebelastung für sie gesunken sei und alle 935(!) verneinen diese Frage durchgängig – dann kann es in unserem Staat nicht „einfach so weitergehen“!

Die Deutsche Industrie hat – im weltweiten Standortwettbewerb zunehmend unter Druck – die Lektion begriffen: „Industrie 4.0“ steht dafür als Synonym an der Schwelle zur 4. Industriellen Revolution im Zeitalter des Internets der Dienste und der Dinge. Der BDI Präsident fordert – sicher stellvertretend für Viele in der Deutschen Wirtschaft – den „Investitionsturbo“, will heißen: Die Infrastruktur zu ertüchtigen und konsequent und zügig auszubauen; ultraschnelles Breitband auch auf dem Land, belastbare Straßen und Brücken, transparente Bürgerbeteiligung zur Verfahrensabkürzung, den Kompass für die digitale Zukunft neu aufzustellen.

Und die Öffentliche Verwaltung? Der Vorsitzende des NKR fordert zum Bürokratieabbau „mehr Druck im System“, er weiß wovon er redet, wenn er nicht vorhandene Kenntnis von Vollzugskosten z.B. im Gesetzgebungsprozess anprangert, wenn er die mangelnde Abstimmung und Verzahnung von Bund und Ländern/Kommunen und auf EU-Ebene das ebenfalls fehlende Kostenverständnis im Rahmen der EU-Verordnungen beklagt.

Staats- Politik- und Verwaltungsmodernisierung und wirklicher Bürokratieabbau brauchen – wie das Projekt der Industrie mit der Leitbotschaft „Industrie 4.0“ mittlerweile zeigt, eine neue, innovative, ressort- und föderale Stufen überwindende und Brücken bauende neue Denke und Kultur gerade auch in der operativen Verwaltung, wollen wir alle gemeinsam am Standort Deutschland unser „Made in Ger-

many“ als Grundlage unseres Wohlstandes im täglichen Miteinander und für kommende Generationen sichern.

Nach der Fukushima-Katastrophe im März 2011 hat die damalige schwarz/gelbe Bundesregierung den schon laufenden strategischen Atomausstieg zur „heftigen“ kurzfristigen Energiewende ausgerufen; ein Schelm, wer rückwirkend vermutet, dass das auch etwas mit der seinerzeit unmittelbar anstehenden Landtagswahl in Baden-Württemberg zu tun gehabt hätte.

Die auch daraus entstandenen und noch zu erwartenden (Energie-)Mehrkosten am Standort Deutschland müssen jetzt besondere Verpflichtung für Politik und Verwaltung sein, auf anderen signifikanten Fortschrittsfeldern die Unternehmen deutlich zu entlasten:

Durch eine wirklich mutige „Digitale Agenda 2020“, derzeit für Juli 2014 auf der Tagesordnung der Bundesregierung, mit der Öffentliche Dienstleistung, Infrastruktur, strategisches und tägliches Handeln gegenüber Wirtschaft (und Bürger/innen) ressort- und stufenübergreifend von Politik und Verwaltung im föderalen Staat neu erfunden wird/werden muss! Digitale Verwaltung im Zeitalter des Internets der Dienste und Dinge nicht als Selbstzweck, sondern getrieben und (mit-)gestaltet durch die gewaltigen Potenziale, die sich daraus und aus der Zukunftsinitiative „Industrie 4.0“ heben lassen.

Das sind Wirtschaft und Öffentlicher Sektor gemeinsam dem Standort Deutschland und den Zukunftschancen unserer Kinder und Kindeskinde schuldig; demographische Veränderungen, die kommende Schuldenbremse und die Notwendigkeit, vorhandene Schulden abzubauen sind der zusätzliche Katalysator dafür! Plakativ formulieren lässt sich das mit Blick auf die zukünftigen Herausforderungen auch so:

## **„DEUTSCHLAND 4.0: INDUSTRIE, VERWALTUNG, STANDORT, WOHLSTAND“**

Auf dem Behörden Spiegel Kongress „Effizienter Staat 2014“ am 01.04.2014 in Berlin werden namhafte Vertreter von Industrie, Regierung und öffentlicher Verwaltung die anstehenden Themenkomplexe diskutieren – wie schaffen wir es, die Dynamik von „Industrie 4.0“ auf die öffentliche Verwaltung auszudehnen, welche Beiträge muss die öffentliche Verwaltung für den Standort Deutschland leisten, schaffen wir den Pakt für den digitalen Fortschritt, welchen Beitrag muss die

**Verwaltung 4.0**® für „Deutschland 4.0“ leisten, im Wissen darum, dass Öffentliche Verwaltung nicht nur der Garant der Rechts- und Werteordnung ist, in der Wirtschaft und Gesellschaft stattfinden (können), sondern zunehmend externer Kostenfaktor für die Unternehmen, die Industrie am Standort Deutschland im globalen Wettbewerb, den es zu reduzieren gilt!

<http://www.effizienterstaat.eu/Kongress/Programm/>

